

## Ausland.

### Die Revolution in Russland

scheint fort. Ihr gewaltiger Schritt erdrückt in Moskau und Petersburg, ihre Riesenfaust rüttelt mit von Tag zu Tag steigender Wucht an dem Throne des Zarismus. Sie tritt mit einem Machtmittel auf, das die französische Revolution, deren Vorgeschichte sonst so manngfache Parallelen mit der jungen Erhebung des russischen Volkes bietet, nicht gekannt hat. Der Generalstreik, die vollständige Lahmlegung von Verkehr und Erwerb, ist ein juridisches Demonstrationsmittel. Und an dieser Massen-Arbeitsentstehung beteiligt sich nicht bloß das Proletariat, sondern auch Aerzte und Anwälte, ja selbst Beamte und — Schulleute stellen ihre Tätigkeit ein, verlassen ihre Posten, treten als Flüher und Geführte in die Reihen der Revolutionsarmee. Neben dieser gewissermaßen passiven Revolutionsmethode walzt der Schrecken der Zerstörung. Die Regierung setzt ihre Reformberatungen fort, ohne bisher zur Publikation der versprochenen Freiheiten gelangt zu sein, die, wie man schon weiß, doch nur Halbheiten bedeuten. Aber wenn heute der Zar die schönste Konstitution verkünden sollte, wer kann sagen, die Revolution würde sich jetzt damit zufrieden geben? Das Misstrauen ist viel zu groß geworden. Entweder wird der Zarismus über den Haufen gerammt werden oder die Revolution wird niederkärtätscht werden. Ein Drittes dürfte es kaum mehr geben. Der Diktator, Trepow, macht sich anheischig, das Niederkärtätscht zu besorgen, aber seine Drohungen werden nur für einen Moment einschüchtern können, dann wird es wieder los gehen, die Straßen der Großstadt werden aufs neue mit Blut gerodet werden, aber kein Blutbad wird die unhaltbare gewordenen politischen Zustände retten. Aber wie immer dieser Riesenlampf noch verläuft, zwei Dinge bedürfen kaum prophetischer Voransicht. Das eine ist, daß das russische Reich durch diese von seinen Machthabern herausbeschworene Bewegung wirtschaftlich an Hab und Gut seiner Bürger wie an Entwicklung und Kredit des Staates ungeheuren Schaden erleiden muß, der es unter den Nachwegen des Krieges noch doppelt schwer trifft. Und wenn das Barentum mit heiterer Haut sich aus diesen Stürmen errettet — der Zarismus, das Regime des orthodoxen Absolutismus, wird von ihnen hinweggeweht werden.

Nachstehend einige Meldungen, die von dem Fortgang der Revolution Zeugnis geben:

Petersburg, 27. Oktober. Seit 5 Uhr abends funktionierte die elektrische Beleuchtung in den Straßen und Wohnungen nicht mehr. Die Stadt liegt in voller Dunkelheit. Heute früh erschienen Vertreter der Terroristen in allen hiesigen Banken und verlangten unter Drohungen sofortige Einstellung der Tätigkeit. Die Asow'sche Bank und die Sibirische Bank leisteten der Aufforderung Folge. In der Russischen Bank für auswärtigen Handel wurden die erschienenen 20 Delegierten verhaftet. Angstlich gewordene Beamte der Bank batzen die Direction um Schließung, und stellten, nachdem die Direction den Antrag abgelehnt hatte, die Arbeit ein. Der Ausschuß der Studenten der Universität hat einen Aufruf an alle Studierende erlassen, in dem sie aufgefordert werden, ihre Kraft Tag und Nacht der Revolution zu weihen, sich vollständig in den Dienst der Revolution zu stellen und die Tore der Universität für alle politischen Versammlungen weit zu öffnen. Gleichzeitig wird in dem Aufruf zu einer großen Volksversammlung in der Universität für heute Abend eingeladen. General Trepow will noch heute die Universität militärisch besetzen lassen. Während des Vormittags waren die Straßen menschenleer, während sie am Nachmittag von großen Menschenmassen angefüllt waren. Überall ritten starke Kavallerie-Abteilungen und ebenso marschierten bis zu zwei Kompanien starke Infanterie-Abteilungen durch die Straßen. Aus Barskoje Selo sind die Leib-Kavalleriere mit den zugehörigen Maschinen-Gewehr-Abteilungen eingetroffen.

### Der Schrecken der „schwarzen Hand“.

Die Stadt New York wird wieder einmal von der berüchtigten italienischen Gesellschaft der „schwarzen Hand“ in Schrecken gesetzt. Die Emissäre senden zuerst Drohbriefe aus, in denen sie große Summen zu erpressen suchen oder mit Tod und Zersetzung drohen. In den letzten Wochen sind die Opfer, die die geheimnisvollen Briefe unbeachtet gelassen hatten, erschossen und erdolcht oder ihre Häuser mit Dynamitbombe in die Luft gesprengt worden. Das letzte Opfer ist Gaetano Costa, ein wohlhabender Schlächter aus Süd-Brooklyn, der viele Briefe von der „schwarzen Hand“ erhalten hatte und nun von vier Männern, die um 11 Uhr abends in seinen Laden kamen und vier Kugeln auf den Unglückslichen abgeschossen, ermordet worden ist. Dabei ist die erstaunliche Tatsache ans Licht gekommen, daß alle sechs männlichen Mitglieder der Familie Costa in ähnlicher Weise ermordet worden sind. Der Vater fiel schon in Italien der Camorra zum Opfer, vier Brüder wurden vorher in Amerika ermordet. Jetzt lebt nur noch eine Schwester des soeben Ermordeten, die mit diesem zusammenlebt. Man nimmt an, daß politische Motive diese Taten veranlaßt haben.

### Ein paar Fragen an Herrn Bebel.

Von befreundeter Seite werden wir auf folgende sehr zutreffende Auslassungen der „Leipz. R. R.“ aufmerksam gemacht:

In der „Post“ finden wir Ausführungen eines Besers, der seine Bewunderung ausdrückt über die große Kraft, die sich zwischen den kommunistischen Lehrern der Sozialdemokratie und deren praktischen Handel austut. Herr Bebel — so heißt es dort — hat kürzlich von einem ihm geerbt. Diese große Summe ist ihm nicht zuteil geworden, weil er den Namen August führt, auch nicht um seiner schönen Augen willen, sondern auf Grund seines Wirkens

in der Stellung, zu welcher ihm seine Partei verholfen hat. Nicht dem Mitbegründer der drechslerischen Unternehmerfirma August Bebel & Co., sondern dem Volkstriibunen, dem durch das „Proletariat“ in den Reichstag geschickten Parlamentarier, der dort durch sein Verhalten das Wohlgefallen des Testators erwachte, ist das Geld vermacht. Jedenfalls wird der Testator vorausgesetzt haben, daß Bebel das Geld nicht für sich einsäte, sondern die Summe zugunsten der „Enterbten“ verwende würde. Aber selbst wenn er das nicht erwartet hätte, wäre es eine moralische Pflicht für Bebel gewesen, den Löwenanteil der Partei zugewenden, nicht nur, weil seine niedrigen Gehreden gegen den Besitz ihn verpflichten, nun zu beweisen, daß er wirklich der „bessere Mensch“ war, der Berechtigung hatte, anderen den Zugewandtspiegel vorzuhalten, sondern auch, weil er nur seinem Wirken an der Stelle, wo ihm das Proletariat ihm geliebt hatte, die ganze Erde schaft verdankte.

Was hat nur aber Herr Bebel getan? 45000 M. spendete er der Partei — die anderen 192000 M. nahm er für sich. Wo waren Sie, Herr Bebel, und Ihr großes Vermögen, als der Kientzleit der Elektrotechniker ausbrach? Im Gelobten hört der Sozialist auf, da gehört „Genosse“ Bebel zu der „reaktionären Klasse.“

Noch ein anderer Fall! Herr Bebel hat durch sein Buch über die Frau sich ein nettes Sämmchen zusammengeschriften, das ihm zum großen Teile aus Arbeiterkreisen entfloß, so daß er „fern von Madrid“, in der Schweiz, wohin ein argwöhnisches und erstauntes Auge der verführten „Genossen“ reicht, sich eine Proletarier-Villa ersten Ranges zulegen konnte, die er lächelnd, als die Sache zu bekannt geworden war, verkaufte. War's nicht Ihre Pflicht, Herr Bebel, das Geld, das Sie den Arbeitern abgenommen, ihnen wieder zukommen zu lassen? Oder meinen Sie, dergleichen kommt nur dem Bourgeois zu?

Aber auch als Drechslermeister haben Sie gleich den anderen Sterblichen durch Ihre Gesellen fast ein Vermögen erworben und, um im Jargon der Sozialisten zu reden, Ihre Arbeiter „ausgefogen“. Warum haben Sie nicht, Herr Bebel (niemand hinderte Sie daran), den sozialistischen Staat im Kleinen in Ihrer Werkstatt etabliert und den Verdienst mit den Gesellen, die für Sie arbeiten mußten, geteilt? Nicht wahr, Herr Bebel, Theorie und Praxis sind eben zweierlei — das soll aber einen großen Geist nicht hindern, weiter auf die „ausdauernde“ Klasse zu schimpfen, sich aber die Taschen mit Bourgeoisgeld und Arbeitergroschen zu füllen.

## Aus Stadt und Land.

Meldungen aus dem Kreis für die Ruhst nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 30. Oktober 1905.

— Die Zählkarten zur diesmaligen Volkszählung, welche am 1. Dezember stattfindet, sind in einer Auflage von 68 Millionen gedruckt worden. Zu ihrem Transport sind 29 Eisenbahndoppelwaggons nötig gewesen. Könnten die Karten aufeinander gelegt werden, so würden sie eine Höhe von 8190 Metern erreichen, das wäre 53-mal so hoch, wie der Kölnner Dom. Der Länge nach nebeneinander gelegt, ergibt sich eine Strecke 13230 Kilometer, der Breite nach von 8190 Metern. Der Weg von Berlin nach Warschau könnte also 26 mal, die Karten der Breite nach genommen, 16 mal damit deplatzt werden.

— Anspruch auf Krankengeld bei selbstverschuldeter Krankheit. Ein Materialienverwalter, der wegen Unterforderungen bestraft werden sollte, war in der Aufregung darüber nervenkrank geworden. Der Kassenarzt erklärte ihn zuerst für erwerbsunfähig, als er aber von den Unschlagungen erfuhr, änderte er seine Ansicht, und daraus hin weigerte sich die Kasse zu zahlen. Der Mann wurde aber von der Universitätsklinik als wirklich arbeitsunfähig aufgenommen und beschritt den Klagesweg gegen die Krankenkasse. Das Oberverwaltungsgericht gab ihm Recht, indem es erklärte, man müsse nach der vom Kassenarzt verordneten Kur annehmen, daß der Kläger wirklich erwerbsunfähig gewesen sei. Die Ursache der Krankheit sei gänzlich belanglos, denn der Kläger habe Anspruch auf Krankengeld selbst dann, wenn die Ursache der Krankheit selbst verschuldet sei.

— Jäger auf der Eisenbahn. Auf den Hauptlinien der sächsischen Staatsseisenbahnen werden von jetzt ab in denjenigen Bügen, die hauptsächlich von Jägern benutzt werden, besondere Abteile freigehalten, in denen die Jäger samt den mitgeführten Hunden untergebracht werden sollen. Hierdurch soll eine Belästigung der übrigen Reisenden durch die Hunde vermieden werden.

— Die Stadtverordneten-Ergänzungswahl findet diesmal früher als sonst, nämlich am Sonnabend, 18. November, statt. Es sind drei ansäßige und ein unansäßiger Stadtverordneter zu wählen.

— Der Lohnkampf in den sächsisch-thüringischen Webereien. Der gefürchtete Augenblick ist da. Die Aussperrung sämtlicher Fabrikbetriebe des sächsisch-thüringischen Webereiverbandes ist erfolgt. Es kommen in Greiz in Frage 800 Arbeiter, im sächsischen Vogtland 4000 und in Glauchau-Meerane 2000 Arbeiter. Die Aussperrung in Ronneburg soll erst in acht Tagen erfolgen. Im gesamten Verbandsbezirk stehen heute still 32500 Stühle, zu denen am 4. November weitere 10000 kommen werden. Im ganzen werden betroffen 16-18000 Arbeiter. Man hofft, daß am 6. November Arbeitswillige genug sich gemeldet haben, um die Betriebe wieder zu öffnen. Von der Aussperrung nicht betroffen sind die Betriebe in Ronneburg, Döllnitz, Mühlroß, Neumark und Reuth. In diesen Betrieben kommen insgesamt etwa 1000 Webstühle in Betracht. In der Stadt Greiz macht sich eine starke Erregung bemerkbar. Auch in die Bandbevölkerung kommt eine gewisse Erbitterung hinzu, da ein großer Teil der Arbeiter auf dem Lande wohnt. Allerlei Neuerungen für die Arbeiter werden laut, aber auch auf die Organisationsleiter wird gezielt impft. Das Geschäftsleben ist durch die Unwissenheit der letzten Tagen stark beeinträchtigt worden.

Man hofft noch immer, daß der nun begonnene Kampf nicht all zu lange dauern werde, da die Schäden auf allen Gebieten groß sind. Die Arbeiter leiden unter der gegenwärtigen Lage, ebenso die Industriellen und in der Hauptstadt die Geschäftsläden. Soviel kann vorausgesetzt werden. Die Hälfte der Arbeiterschaft erkennt die neuen tariflichen Verbesserungen an und will vorläufig zufrieden sein und die Wirkung der neuen Tarifsätze abwarten, bevor sie neue Forderungen stellt. Es steht als Taktik fest, daß sich hier von den ca. 8000 Arbeitern eine beträchtliche Zahl — man spricht von der Hälfte — zur Wiederaufnahme der Arbeit am 6. November bereit erklärt hat. Die Zahl der Arbeitswilligen würde noch größer sein, wenn die Arbeitswilligen den Terrorismus der sozialdemokratisch Organisierten nicht so sehr fürchten würden. Es sind verschiedene Fälle von Terrorismus in der letzten Zeit hier vorgekommen, die geradezu ans Haarstrubben die Grenzen. In Gera ist, wie von dort geschrieben wird, die Schließung der Weberei betriebe nun allenfalls erfolgt, so daß hier ca. 4000 Weber und Weberinnen und insgesamt ca. 17000 Weber außer Arbeit sind. Zur Wiederaufnahme der Arbeit für den 6. November haben sich heute nur erst wenige Arbeiter gemeldet, sodass noch nicht abzusehen ist, wie sich am 6. November, wo die Arbeit eventuell aufgenommen werden soll, die Situation gestaltet. Gestern fanden noch vor Schluss der Betriebe Verhandlungen mit dem Gewerbeinspektor Müller und den Fabrikanten statt. Der Beamte war von den Arbeitern darum angegangen worden und hatte sich der Zustimmung der Regierung dazu verpflichtet. Die Arbeitgeber konnten sich nach Lage der ganzen Bewegung auf irgend welche Konzessionen nicht einlassen, so daß die Verhandlungen ohne Ergebnis verließen. Die Arbeiter hielten heute die üblichen Kontrollversammlungen ab. Die Streitenden sind sehr zuverlässig, zumal sie selbst das Gericht verbreiten, daß aus England, Frankreich und Amerika Streikunterstützungen in Höhe von einer Million Mark eingingen sollen. Es ist wirklich staunenswert, daß es Leute gibt, die solche Märchen glauben.

— Kesselsdorf, 30. Oktbr. Vor einiger Zeit ward von der oberen Kirchenbehörde unserer Parochie die Errichtung eines Diaconates empfohlen. Da jedoch eine Verbesserung in der Ausübung des geistlichen Amtes damit nicht verbunden sein kann, man sich auch mit der bisherigen gut bewährten Hilfsgeistlichenstelle voll befriedigt fühlt und ein Dissonat wesentliche Erhöhung der dauernden kirchlichen Ausgaben bedingt, hat der Kirchenvorstand einmütig beschlossen, die Errichtung eines Diaconates bis auf weiteres abzulehnen. Die Kirchengemeinde wird dielem Beschluss nur dankbar gegenüberstehen. — Am Sonntag Nachmittag hat in hiesiger Kirche der Weihgottesdienst für den nun beginnenden Konfirmandenunterricht stattgefunden. Lieber hundert Kinderwundern wohnten der erhebenden Feier bei. — Kommen Sonntag, d. 5. Novbr., nachmittags 1 Uhr soll ein Kindergottesdienst hier stattfinden, dem insbesondere die Kinder aus Oberhennsdorf, Kleinopitz und Braunsdorf beizuwohnen haben. Eltern und Erzieher seien darauf hingewiesen, ihre kleinen recht zahlreich der Kirche zuzuführen.

## Aus Sachsen.

Wilsdruff, 30. Oktober 1905.

In Dresden fand vor dem Disziplinargerichtshof die Verhandlung gegen den Museumsdirektor Geh. Hofrat Dr. med. Meyer statt. Die Öffentlichkeit war während der Verhandlung ausgeschlossen. Den Vorsitz führte Landgerichtspräsident Dr. Müller. Das Urteil wird erst in zwölf Tagen publiziert werden.

Der Beginn der Arbeitszeit in den Fabriken wird bekanntlich meist durch ein Zeichen angezeigt, entweder durch Klingeln, Räten oder Pfeifen. Ein neues Signal, das an die Geschichten vom Arizona-Killer erinnert, wird seit einiger Zeit in der Druckerei des in Meissen erscheinenden „Tageblattes“ angewandt: Hier wird als Zeichen zum Beginn der Arbeit ein Schuh abgegeben! Die Sache ist jedoch harmloser, als sie auf den ersten Anblick scheint. Der Schuh wird nämlich nicht aus einer Waffe abgegeben, sondern von der Kraftmaschine, und zwar selbstständig, und es ist dabei jede Gefahr ausgeschlossen. Wenn der Sauggasmotor in Gang gesetzt werden soll, muss erst versucht werden, ob genügend Gas vorhanden ist. Zu diesem Zweck wird das Gas an einem Proberohr angebrannt. Dieses Gas wird durch ein Blechloch ins Freie geföhrt. Durch die Vermischung mit der kalten Luft im Rohre entsteht Knallgas, und dieses verursacht den ziemlich lauten, aber, wie schon gesagt, völlig ungefährlichen „Schuh“.

Ein eigenartiger Unfall kam dieser Tage bei einer in Neudörfchen wohnenden Familie vor. Ein etwa dreieinhalb Jahre altes Mädchen fiel so unglücklich vom Sofa, daß es sich beim Aufschlagen auf den Fußboden die Zunge fast total durchbiß. Der sofort herbeigerufene Arzt nahte den abgebrochenen Teil wieder an. Die Heilung ist bis jetzt ohne Sichtung verlaufen und das Kind kann ungehindert sprechen.

In Bischofswerda fand in der Nacht zum Dienstag abermals durch einen Brandstifter, der seit Jahr und Tag durch sein Treiben die Einwohnerstadt in Angst und Schrecken gesetzt, drei Scheunen angebrannt und vernichtet worden. Nur durch das rasche Eintreffen der Feuerwehr wurde weiteres Unheil vermieden. Der Stadtrat bat die Präämie für die Ermittlung des Brandstifters von 500 auf 1000 Mark erhöht.

## Kirchenvorstandssitzung

vom 25. Oktober 1905.

Man nimmt Kenntnis von: 1. Dem Nebentreit der Frau Böhm hier von der römisch-katholisch zur evangelisch-lutherischen Kirche. 2. Der Genehmigung eines Nachtrags zur Instruktion des Kantors.

Man genehmigt: 1. Die infolge der Anwesenheit Sr.